

Berantwort. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mr.
durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beiträge oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nettamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 19. Februar 1894.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

C Berlin, 19. Februar. Wie aus der dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Dechirift über die Ausführung des Gesetzes betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen hervorgeht, hat die Ansiedlungskommission im Jahre 1893 13 gröbere Güter und ein kleines zur Ausrüstung einer gröberen fiskalischen Festigung erforderlichen Grundstück angekauft. Davon aufstehen 4 mit einem Flächeninhalt von 1955 Hektar zu einem Ankaufspreise von 1,2 Millionen auf den Regierungsbezirk Marienwerder, 6 mit einem Flächeninhalt von 3880 Hektar zu einem Preis von 2,5 Millionen auf den Regierungsbezirk Posen und 4 mit einem Flächeninhalt von 2588 Hektar zu einem Preis von 1,5 Millionen auf den Regierungsbezirk Bromberg. Unter Hinwendung der Erwerbungen aus den 7 Vorjahren umfasst der Gesammtwert der Ansiedlungskommission am Schluss des Jahres 1893: 75 375 Hektar zu einem Kaufpreise von 45,9 Millionen. Davon stehen 74 025 Hektar zu 45 Millionen auf Gutsareal und 1351 Hektar zu 0,9 Millionen auf bauliches Areal. Der Gesammt durchschnittspreis für sämmtliche Güter der Ansiedlungskommission gekauften Eigenschaften beträgt 609 Mark für ein Hektar. Im Jahre 1893 stellte sich der Preis auf rund 628 Mark, während er sich im Jahre 1892 auf 545 Mark belaufen hatte. Die höheren Preise der Erwerbungen des Jahres 1893 erklären sich aus den besseren Bodenqualitäten der erworbene Güter. Die angelegten Preise schwanken zwischen dem 47fachen bis 85fachen Grundsteuerertrag und liegen zumeist zwischen dem 60- und 70fachen Grundsteuerertrag. — Ansiedlungsanträge gingen im Berichtsjahr 1891 oder 1892 als im Vorjahr ein Nachfüllung der Ansiedlungsbedingungen haben 241 Ansiedler gegen 270 im Jahre 1892 den Zuschlag erhalten. Während die Stellenfrage aus den Provinzen Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover und der Rheinprovinz gestiegen ist, ist die Anmeldungs frequenz von Ansiedlungslustigen aus Brandenburg, Pommern, Schlesien und Posen erheblich geringer geworden. Es erklärt sich die letztere Erklärung wohl ausreichend aus der Verbesserung der dortigen Landwirtschaft durch die Rentenrate-aufstellung. Zweifellos ist, dass die Qualität der Ansiedler als landwirtschaftliche und deren Kapitalbasis zunimmt. Allerdings scheint es, dass die Kapitalisten ausnahmslos aus Westdeutschland kommen. — Bis zum Schluss des Jahres 1893 sind 20 089 Hektar im Werthe von 12,6 Millionen zu Rente und 3660 Hektar im Werthe von 1,7 Millionen zu Pacht, insgesamt 23 149 Hektar zum Werthe von 14,3 Millionen an 1387 Ansiedler degeben. Danach brachte der Ansiedler durchschnittlich 16,25 Hektar Land zu 10 322 Mark Werth. Es scheint also das Landbevölkerung geringer zu werden, ein Umstand, der mit der durchschnittlich als steigend nachgewiesenen Kapitalbasis der Ansiedlungslustigen kaum anders als vortheilhaft für die Zwecke des Gesetzes betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen gedenkt werden kann.

* Die Regierung hat von den verschiedensten Seiten Gutachten über den Entwurf eines preußischen Wassergerichts eingereicht. Es muss ihr natürlich daran liegen, Urteile über den Entwurf aus den weitesten und verschiedensten Kreisen des Erwerbslebens sowohl wie der behördlichen Organe zu vernehmen. Wie wir hören, werden sich denn auch schon in nächster Zeit eine ganze Anzahl von wirtschaftlichen Vereinigungen mit der Verabschiedung des Entwurfs befassen. In landwirtschaftlichen Kreisen wird man wahrscheinlich namentlich auf die Einführung von Wasserbüchern dringen. Der Auschuss der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, welcher bekanntlich im Verein mit dem Verband Deutscher Müller, dem Architektenverein und anderen Vereinigungen einen eigenen Gesetzentwurf ausgearbeitet hatte, hatte eine solche Einrichtung als eine unerlässliche Aufgabe einer Kodifikation des Wasserrechts angesehen. Der Regierungsentwurf hat aber von der Einführung eines Wasserbüches Abstand genommen, die nach ihm angulegten Verzeichnisse haben einen wesentlich bevorzugteren Charakter. Ein Wasserbuch hätte zunächst den Zweck gehabt, ein Bild über den tatsächlichen Zustand der Wasserläufe zu geben. Alle hierauf bezüglichen Ermittlungen sind jedoch Ergebnisse hydrographischer Untersuchungen, die ebenso gut oder besser in beliebiger anderer Weise als durch ein Wasserbuch zur Kenntnis der Bevölkerung gebracht werden können. Von Bedeutung wäre es dagegen, die Gesamtheit der bei einem Wasserlauf in Betracht kommenden Rechtsverhältnisse durch das Wasserbuch jederzeit feststellen zu können. In dieser Beziehung aber kann ein Wasserbuch nur von Werth sein, wenn das Verzeichniß der Rechte und Verpflichtungen ein vollständiges ist. Eine solche Vollständigkeit lässt sich nicht erreichen. Wenn sich auch die dem Gebiete des öffentlichen Rechts angehörenden Rechtsverhältnisse ohne Schwierigkeit in das Wasserbuch würden einzutragen lassen, so erfordert der Eintragungszwang für die dem Privatrecht angehörenden Rechtsverhältnisse undurchführbar und zwar sowohl aus materiellen Gründen wie aus den im Verhältnisse des Wasserbuches zum Grundbuche sich ergebenden Schwierigkeiten. Ebenso wie es danach undurchführbar, erscheint es auch aus praktischen Gründen nicht erforderlich, das Wasserbuch zu einer zuverlässigen und erschöpfernden Grundlage für die Feststellung der Rechtsverhältnisse auszugestalten. Auch der Kostenexpansiv, wenn dirige es sich demnach empfehlen, auf die Förderung der Einrichtung von Wasserbüchern nicht zurückzukommen.

Nachstehende von den Ministerien des Innern und der Finanzen erlassene Verordnung wegen Verpflichtung der Gemeinden und Gutsbezirke zur Erhebung der direkten Staatssteuern veröffentlicht der Reichs-Anzeiger:

S. 1. Den Gemeinden und selbständigen Gutsbezirken wird vom 1. April 1895 ab die Verpflichtung auferlegt, in ihren Bezirken die Einzelherbung der sämtlichen direkten Staatssteuern, den Domänen-, Rentenbank- und Grundsteuerentzündungs-Renten, sowie die Abführung der erhobenen Verträge an die zuständigen Staatskassen ohne Vergütung zu bewirken. Die Verpflichtung erstreckt sich nicht auf die Eisenbahnabgabe.

S. 2. Für Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern kann von den Ministern der Finanzen und des Innern ein späterer, als der im S. 1 bezeichnete Zeitpunkt, jedoch nicht über

den 1. April 1900 hinaus bestimmt werden. S. 3. Der Finanzminister ist ermächtigt, die Gemeinden und Gutsbezirke allgemein oder einzelne bezüglich von der Hebung der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen zu entbinden.

Erneut wird betreffs der Tagezeichen und Reisetickets der Mitglieder von Schülerschaften angeordnet, dass die gleichen Sätze gelten sollen, wie sie für die Mitglieder der Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen bestimmt sind.

Der gestern Mittag unter Vorstoss des Kaisers abgehaltenen Kronratsbildung wohnte auch Staatssekretär v. Marschall bei.

Die am Sonnabend im „Frempalast“ abgehaltene General-Versammlung des Bundes der Landwirthe war sehr zahlreich besucht, dieselbe fand in Bezug auf den deutsch-russischen Handelsvertrag folgenden Beschluss:

Die zur General-Versammlung des Bundes zu Berlin im „Frempalast“ versammelten Landwirthe Deutschlands bitten den Hohen Reichstag, dem drohenden Handelsverträge mit Russland die Genehmigung zu verpassen.

W e g r ü n d u n g .

Die deutsche Landwirtschaft ist durch die bereits abgeschlossenen Handelsverträge in die deutshar bedrängteste Lage verkehrt worden.

Bei der grundlegenden Bedeutung der Landwirtschaft für das wirtschaftliche Leben des Volkes und bei dem innigen Zusammenhang der verschiedenen Erwerbswege untereinander müssen die Preise der Erwerbungen des Jahres 1893 erläutern sich aus den besseren Bodenqualitäten der erworbene Güter. Die angelegten Preise schwanken zwischen dem 47fachen bis 85fachen Grundsteuerertrag und liegen zumeist zwischen dem 60- und 70fachen Grundsteuerertrag. — Ansiedlungsanträge gingen im Berichtsjahr 1891 oder 1892 als im Vorjahr ein Nachfüllung der Ansiedlungsbedingungen haben 241 Ansiedler gegen 270 im Jahre 1892 den Zuschlag erhalten. Während die Stellenfrage aus den Provinzen Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover und der Rheinprovinz gestiegen ist, ist die Anmeldungs frequenz von Ansiedlungslustigen aus Brandenburg, Pommern, Schlesien und Posen erheblich geringer geworden. Es erklärt sich die letztere Erklärung wohl ausreichend aus der Verbesserung der dortigen Landwirtschaft durch die Rentenrate-aufstellung. Zweifellos ist, dass die Qualität der Ansiedler als landwirtschaftliche und deren Kapitalbasis zunimmt. Allerdings scheint es, dass die Kapitalisten ausnahmslos aus Westdeutschland kommen. — Bis zum Schluss des Jahres 1893 sind 20 089 Hektar im Werthe von 12,6 Millionen zu Rente und 3660 Hektar im Werthe von 1,7 Millionen zu Pacht, insgesamt 23 149 Hektar zum Werthe von 14,3 Millionen an 1387 Ansiedler degeben. Danach brachte der Ansiedler durchschnittlich 16,25 Hektar Land zu 10 322 Mark Werth. Es scheint also das Landbevölkerung geringer zu werden, ein Umstand, der mit der durchschnittlich als steigend nachgewiesenen Kapitalbasis der Ansiedlungslustigen kaum anders als vortheilhaft für die Zwecke des Gesetzes betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen gedenkt werden kann.

Die Konservativen haben im Reichstage einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingeführt.

Nach den der Zentralstelle der preußischen Staatsforst-Beratung bis jetzt vorliegenden Nachrichten befindet sich (wie der „Reichs- und Staats-Anz.“ mittheilt) die Majestät des durch den kürzlich stattgehabten Sturmwind geworfenen Holzes in den Staatsforsten auf rund 700 000 Hektar. Diese durch Schärgung gewonnene Zahl dürfte indessen kaum an die Wirklichkeit heranreichen. Auch sieben ans vielen Überresten die Berichte über den mutmaßlichen Umfang des entstandenen Sturm schadens noch aus.

Die sächsische Militärbehörde stellt seit kurzer Zeit augencheinlich Ermittlungen darüber an, ob eine in einer Petition von Gemeindevorständen enthaltene Bemerkung, daß Soldaten „in Uniform nach revolutionären Melodien tanzen“ richtig ist. Wie ein sächsisches sozialdemokratisches Blatt mittheilt, soll gegen einen Soldaten der Dresden und gegen einen anwesen der Döbelner Garnison bereits das militärischerweise Verfahren eröffnet sein, da ihnen zum Vorwurfe gemacht wird, im November vorigen Jahres in einem Tanzsaal bei Dresden nach der „Marxlese“ und dem „Sozialistischen Anarchismus“ getanzt zu haben.

Die Konservativen haben im Reichstage einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingeführt.

Nach den der Zentralstelle der preußischen Staatsforst-Beratung bis jetzt vorliegenden Nachrichten befindet sich (wie der „Reichs- und Staats-Anz.“ mittheilt) die Majestät des durch den kürzlich stattgehabten Sturmwind geworfenen Holzes in den Staatsforsten auf rund 700 000 Hektar. Diese durch Schärgung gewonnene Zahl dürfte indessen kaum an die Wirklichkeit heranreichen. Auch sieben ans vielen Überresten die Berichte über den mutmaßlichen Umfang des entstandenen Sturm schadens noch aus.

Die sächsische Militärbehörde stellt seit kurzer Zeit augencheinlich Ermittlungen darüber an, ob eine in einer Petition von Gemeindevorständen enthaltene Bemerkung, daß Soldaten „in Uniform nach revolutionären Melodien tanzen“ richtig ist. Wie ein sächsisches sozialdemokratisches Blatt mittheilt, soll gegen einen Soldaten der Dresden und gegen einen anwesen der Döbelner Garnison bereits das militärischerweise Verfahren eröffnet sein, da ihnen zum Vorwurfe gemacht wird, im November vorigen Jahres in einem Tanzsaal bei Dresden nach der „Marxlese“ und dem „Sozialistischen Anarchismus“ getanzt zu haben.

Die Konservativen haben im Reichstage einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingeführt.

Nach den der Zentralstelle der preußischen Staatsforst-Beratung bis jetzt vorliegenden Nachrichten befindet sich (wie der „Reichs- und Staats-Anz.“ mittheilt) die Majestät des durch den kürzlich stattgehabten Sturmwind geworfenen Holzes in den Staatsforsten auf rund 700 000 Hektar. Diese durch Schärgung gewonnene Zahl dürfte indessen kaum an die Wirklichkeit heranreichen. Auch sieben ans vielen Überresten die Berichte über den mutmaßlichen Umfang des entstandenen Sturm schadens noch aus.

Die sächsische Militärbehörde stellt seit kurzer Zeit augencheinlich Ermittlungen darüber an, ob eine in einer Petition von Gemeindevorständen enthaltene Bemerkung, daß Soldaten „in Uniform nach revolutionären Melodien tanzen“ richtig ist. Wie ein sächsisches sozialdemokratisches Blatt mittheilt, soll gegen einen Soldaten der Dresden und gegen einen anwesen der Döbelner Garnison bereits das militärischerweise Verfahren eröffnet sein, da ihnen zum Vorwurfe gemacht wird, im November vorigen Jahres in einem Tanzsaal bei Dresden nach der „Marxlese“ und dem „Sozialistischen Anarchismus“ getanzt zu haben.

Die Konservativen haben im Reichstage einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingeführt.

Nach den der Zentralstelle der preußischen Staatsforst-Beratung bis jetzt vorliegenden Nachrichten befindet sich (wie der „Reichs- und Staats-Anz.“ mittheilt) die Majestät des durch den kürzlich stattgehabten Sturmwind geworfenen Holzes in den Staatsforsten auf rund 700 000 Hektar. Diese durch Schärgung gewonnene Zahl dürfte indessen kaum an die Wirklichkeit heranreichen. Auch sieben ans vielen Überresten die Berichte über den mutmaßlichen Umfang des entstandenen Sturm schadens noch aus.

Die sächsische Militärbehörde stellt seit kurzer Zeit augencheinlich Ermittlungen darüber an, ob eine in einer Petition von Gemeindevorständen enthaltene Bemerkung, daß Soldaten „in Uniform nach revolutionären Melodien tanzen“ richtig ist. Wie ein sächsisches sozialdemokratisches Blatt mittheilt, soll gegen einen Soldaten der Dresden und gegen einen anwesen der Döbelner Garnison bereits das militärischerweise Verfahren eröffnet sein, da ihnen zum Vorwurfe gemacht wird, im November vorigen Jahres in einem Tanzsaal bei Dresden nach der „Marxlese“ und dem „Sozialistischen Anarchismus“ getanzt zu haben.

Die Konservativen haben im Reichstage einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingeführt.

Nach den der Zentralstelle der preußischen Staatsforst-Beratung bis jetzt vorliegenden Nachrichten befindet sich (wie der „Reichs- und Staats-Anz.“ mittheilt) die Majestät des durch den kürzlich stattgehabten Sturmwind geworfenen Holzes in den Staatsforsten auf rund 700 000 Hektar. Diese durch Schärgung gewonnene Zahl dürfte indessen kaum an die Wirklichkeit heranreichen. Auch sieben ans vielen Überresten die Berichte über den mutmaßlichen Umfang des entstandenen Sturm schadens noch aus.

Die sächsische Militärbehörde stellt seit kurzer Zeit augencheinlich Ermittlungen darüber an, ob eine in einer Petition von Gemeindevorständen enthaltene Bemerkung, daß Soldaten „in Uniform nach revolutionären Melodien tanzen“ richtig ist. Wie ein sächsisches sozialdemokratisches Blatt mittheilt, soll gegen einen Soldaten der Dresden und gegen einen anwesen der Döbelner Garnison bereits das militärischerweise Verfahren eröffnet sein, da ihnen zum Vorwurfe gemacht wird, im November vorigen Jahres in einem Tanzsaal bei Dresden nach der „Marxlese“ und dem „Sozialistischen Anarchismus“ getanzt zu haben.

Die Konservativen haben im Reichstage einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingeführt.

Nach den der Zentralstelle der preußischen Staatsforst-Beratung bis jetzt vorliegenden Nachrichten befindet sich (wie der „Reichs- und Staats-Anz.“ mittheilt) die Majestät des durch den kürzlich stattgehabten Sturmwind geworfenen Holzes in den Staatsforsten auf rund 700 000 Hektar. Diese durch Schärgung gewonnene Zahl dürfte indessen kaum an die Wirklichkeit heranreichen. Auch sieben ans vielen Überresten die Berichte über den mutmaßlichen Umfang des entstandenen Sturm schadens noch aus.

Die sächsische Militärbehörde stellt seit kurzer Zeit augencheinlich Ermittlungen darüber an, ob eine in einer Petition von Gemeindevorständen enthaltene Bemerkung, daß Soldaten „in Uniform nach revolutionären Melodien tanzen“ richtig ist. Wie ein sächsisches sozialdemokratisches Blatt mittheilt, soll gegen einen Soldaten der Dresden und gegen einen anwesen der Döbelner Garnison bereits das militärischerweise Verfahren eröffnet sein, da ihnen zum Vorwurfe gemacht wird, im November vorigen Jahres in einem Tanzsaal bei Dresden nach der „Marxlese“ und dem „Sozialistischen Anarchismus“ getanzt zu haben.

Die Konservativen haben im Reichstage einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingeführt.

Nach den der Zentralstelle der preußischen Staatsforst-Beratung bis jetzt vorliegenden Nachrichten befindet sich (wie der „Reichs- und Staats-Anz.“ mittheilt) die Majestät des durch den kürzlich stattgehabten Sturmwind geworfenen Holzes in den Staatsforsten auf rund 700 000 Hektar. Diese durch Schärgung gewonnene Zahl dürfte indessen kaum an die Wirklichkeit heranreichen. Auch sieben ans vielen Überresten die Berichte über den mutmaßlichen Umfang des entstandenen Sturm schadens noch aus.

Die sächsische Militärbehörde stellt seit kurzer Zeit augencheinlich Ermittlungen darüber an, ob eine in einer Petition von Gemeindevorständen enthaltene Bemerkung, daß Soldaten „in Uniform nach revolutionären Melodien tanzen“ richtig ist. Wie ein sächsisches sozialdemokratisches Blatt mittheilt, soll gegen einen Soldaten der Dresden und gegen einen anwesen der Döbelner Garnison bereits das militärischerweise Verfahren eröffnet sein, da ihnen zum Vorwurfe gemacht wird, im November vorigen Jahres in einem Tanzsaal bei Dresden nach der „Marxlese“ und dem „Sozialistischen Anarchismus“ getanzt zu haben.

Die Konservativen haben im Reichstage einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingeführt.

Nach den der Zentralstelle der preußischen Staatsforst-Beratung bis jetzt vorliegenden Nachrichten befindet sich (wie der „Reichs- und Staats-Anz.“ mittheilt) die Majestät des durch den kürzlich stattgehabten Sturmwind geworfenen Holzes in den Staatsforsten auf rund 700 000 Hektar. Diese durch Schärgung gewonnene Zahl dürfte indessen kaum an die Wirklichkeit heranreichen. Auch sieben ans vielen Überresten die Berichte über den mutmaßlichen Umfang des entstandenen Sturm schadens noch aus.

Die sächsische Militärbehörde stellt seit kurzer Zeit augencheinlich Ermittlungen darüber an, ob eine in einer Petition von Gemeindevorständen enthaltene Bemerkung, daß Soldaten „in Uniform nach revolutionären Melodien tanzen“ richtig ist. Wie ein sächsisches sozialdemokratisches Blatt mittheilt, soll gegen einen Soldaten der Dresden und gegen einen anwesen der Döbelner Garnison bereits das militärischerweise Verfahren eröffnet sein, da ihnen zum Vorwurfe gemacht wird, im November vorigen Jahres in einem Tanzsaal bei Dresden nach der „Marxlese“ und dem „Sozialistischen Anarchismus“ getanzt zu haben.

Die Konservativen haben im Reichstage einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Margarine eingeführt.

Nach den der Zentralstelle der preußischen Staatsforst-Beratung bis jetzt vorliegenden Nachrichten befindet sich (wie der „Reichs- und Staats-Anz.“ mittheilt) die Majestät des durch den kürzlich stattgehabten Sturmwind geworfenen Holzes in den Staatsforsten auf rund 700 000 Hektar. Diese durch Schärgung gewonnene Zahl dürfte indessen kaum an die Wirklichkeit heranreichen. Auch sieben ans vielen Überresten die Berichte über den mutmaßlichen Umfang des entstandenen Sturm schadens noch aus.

Die sächsische Militärbehörde stellt seit kurzer Zeit augencheinlich Ermittlungen darüber an, ob eine in einer Petition von Gemeindevorständen enthaltene Bemerkung, daß Soldaten „in Uniform nach revolutionären Melodien tanzen“ richtig ist. Wie ein sächsisches sozialdemokratisches Blatt mittheilt, soll gegen einen Soldaten der Dresden und

